

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 5

Artikel: Nach dem Machtwechsel an der Saar : politisches Wetterleuchten
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

6.2. Wie kann das Paradies ausgerechnet jetzt so nahe sein, – wo alle genossenschaftlichen und sozialen Netze eine noch nie dagewesene Demontage erfahren?

– wo Computer durch ihre Fähigkeit, Daten zu speichern, diese durch Rekombination zu neuem Leben erwecken: einem künstlichen, synthetischen Leben?

– wo die Kapitalisierung auch die letzten Freiräume zu erfassen droht? – was Gorz übrigens sehr genau zu analysieren weiss (vgl. Gorz, II, S. 62). Selbst die Gebärfähigkeit der Frauen soll da nicht verschont bleiben!

– wo «das soziale Verhältnis Fabrik über die gesamten gesellschaftlichen Beziehungen formbestimmend gelegt» ist (Lüscher, S. 194) – wo der «Alltag als gigantische Maschine aus lebendigem Fleisch verdichtet» erscheint?

– wo das Produktionswissen immer breiteren Schichten einen Tiefstand erreicht hat?

6.3. Ist Gorz' Konstruktion wirklich so realistisch, wie sie

sich gibt? Führt uns Gorz nicht einen Magiertrick vor, wie die reale Welt umzuinterpretieren sei zu ihrem Bessern – die «Hindernisse» seien «rein ideologisch»! (Gorz, III, S. 10) – ohne dass da etwa eine Revolution stattfinden müsste? «Revolutionsromantik», das scheint passé!

6.4. Gorz' Modell: Eine neoromantische Utopie im Gewand der Realpolitik? Im Chaos (der heutigen gesellschaftlichen Situation) ist die höchste Ordnung (die humane Gesellschaft) bereits enthalten. Das Chaos wartet nur auf die Berührung durch unseren hoffnungsvollen Blick (wir müssen nur die Chancen erkennen), um sich zu einer harmonischen Welt (Paradies) zu entfalten. (Vgl. dazu Schlegel!) Es bleibt zu hoffen, dass das *Umdenken* (die Überwindung der «rein ideologischen Hindernisse»), das Gorz anzuregen versucht, bei seinen Anhängern nicht zum blossen *Wegdenken* verkommt und sie damit gutgläubig und hoffnungsvoll den Aufbau einer synthetischen Ge-

sellschaft und eines synthetischen Lebens mitfordern.

Literaturangaben

* Die Zitatangaben des Textes in Klammern nennen den Autor und die Seitenzahl. Die verschiedenen Schriften von André Gorz sind mit römischen Zahlen beziffert.

I Gorz, André: Abschied vom Proletariat, Frankfurt a. M. 1980.

II Ders.: Wege ins Paradies, Berlin 1983.

III Ders.: Ins Paradies – aber mit den Gewerkschaften! In: Prokla 55, Juni 1984 (Rotbuch-Verlag, Berlin)

IV Derselbe: Sozialismus: Aufgabe der Zukunft. Vortrag am Parteitag der SPG 1984. In: Rote Revue Nr. 2/85.

Autonomie, Neue Folge Nr. 13/83. Darin: Sabotage (Autor unbekannt).

Lüscher, Rudolf: Abschied von wem? (1981) In: Einbruch in den gewöhnlichen Ablauf der Ereignisse, Zürich 1984.

Ders.: Abschaffung der Arbeit. A.a.O.S. 197f.

Neusüss, Christel: . . . aber was ist denn das, der «irrationale Rest»? Zur Rationalisierungsdiskussion in der Weimarer Republik und heute. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 12/84.

Strahm, Rudolf: Gorz statt Keynes. In: Rote Revue Nr. 2/85.

Werlhof, Claudia v.: Mit Orwell ins Paradies? In: Links, Dez. 1984 (Sozialist. Zeitung, Offenbach a.M.).

Dies.: Hausfrauisierung der Arbeit. U.a. in: Zukunft der Arbeit – Arbeit ohne Zukunft (Raubdruck M. Berger 1984).

Nach dem Machtwechsel an der Saar

Politisches Wetterleuchten

Von Horst Hartmann

Der Machtwechsel an der Saar kam zwar nicht völlig unerwartet, aber nie zuvor hat die SPD in einem Bundesland alle nur denkbaren Hürden so elegant genommen wie der Ökosozialist Oskar Lafontaine. Er stürzte die CDU aus der Opposition heraus und gewann die absolute Mehrheit, wenn auch nur mit einer Stimme Vorsprung. Und das ereignete sich in einem katholisch geprägten Bundesland, das bislang ausschliesslich von der Union regiert wurde.

Oskar Lafontaine, einer der wenigen Hoffnungsträger der Partei, besiegte nicht nur die CDU. Auch eine überraschend wiedererstarkte FDP blieb auf der Strecke, während die Grünen ihr Waterloo erlebten. Otto Schily hat die kritische Situation für die Alternativbewegung richtig eingeschätzt, als er erklärte: «Grüne Machtabstinenz wird vom Wähler nicht honoriert.» Da die Grünen im Industrieviertel des Saarlandes die Regierungsverantwortung ablehnten, konnte

und musste Lafontaine einen Mehrfrontenkrieg führen.

Trotz dieses Erfolges hat er seinen Wahlsieg nüchtern beurteilt, als er darauf hinwies, die alte Regierung habe das Vertrauen der Bevölkerung verloren, während die SPD ihr Profil deutlich zeigen konnte. Lafontaine erklärte mehrfach, dass die auf ihn wartenden Schwierigkeiten nicht in einer Legislaturperiode zu lösen seien. Er lehnte es auch ab, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu garantieren.

Tatsächlich steht das kleinste Bundesland mit acht Milliarden Mark Schulden fast vor dem Konkurs.

Die Arbeitslosenquote im Armenhaus an der Saar betrug 1984 12,7, im Bund 9,4 Prozent. 150 Jahre lang sicherten Kohleförderung und Stahlverarbeitung der Arbeiterschaft das Auskommen und einen bescheidenen Wohlstand. Wer in Grossunternehmen des Montanbereiches als Lehrling eingestellt wurde, besass praktisch eine Arbeitsplatzgarantie auf Lebenszeit. 1960 waren noch 60 Prozent aller Arbeitnehmer im Montanbereich tätig, 1985 sind es nur noch knapp 35 Prozent. Die grossen Familien wie Stumm und Röchling haben eine Umstrukturierung dadurch erschwert, dass sie in Übereinstimmung mit der CDU die Ansiedlung neuer Industriezweige verhinderten. So blieben die Löhne an der Saar bis heute durchschnittlich drei bis fünf Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die fehlende soziale Einstellung grosser Kapitaleigner rächte sich. Langjährige Streitereien bei Röchling führten dazu, dass der Familienklüngel die Betriebe nur noch als Milchkuh betrachtete und notwendige Investitionen unterblieben. Was im Stahlbereich gilt, trifft für den Bergbau zwar nicht zu, aber die Zukunft der Saarbergwerke – mit 25 000 Beschäftigten derzeit grösster Arbeitgeber – gilt zumindest als ungewiss.

Arbed-Saarstahl hat den Staat bereits drei Milliarden Mark an Zuschüssen gekostet, um das Schlimmste zu verhindern. Aber das luxemburgische Unternehmen hat letzten Endes andere vorrangige Interessen, als die Rettung der deutschen Produktionsanlagen. Für die Zukunft muss als erstes ein klares Unternehmenskonzept erarbeitet werden, wie Oskar Lafontaine betonte. Auf jeden Fall wird

Arbed-Saarstahl das grösste Sorgenkind an der Saar bleiben. 1974 war der Konzern noch Brötchengeber für 30 000 Facharbeiter. Jetzt sind es nur noch 14 000. Wenn die als Jobkiller gefürchteten Gutachter von McKinsey Recht behalten, müssen weitere 2000 kurzfristig entlassen werden. Ein entsprechendes Gutachten ist von der alten Regierung wohlweislich unter Verschluss gehalten worden. Während das Management für 1986 von einem fast ausgeglichenen Ergebnis spricht, errechneten die Gutachter mindestens 85 Millionen Mark an Verlusten. Nach Auffassung der IG Metall besteht eine stillschweigende Vereinbarung zwischen Bonn und Brüssel, Arbed-Saarstahl in Konkurs gehen zu lassen, zumal McKinsey auf Druck der EG-Behörden eingeschaltet wurde und nicht auf Veranlassung der alten Landesregierung. Vermutlich kommt es bei Arbed-Saarstahl zur Stilllegung weiterer Walzstrassen, der Trägerstrasse und zur Schliessung der Koksbatterie 7.

Angeichts dieser beängstigenden Situation hat die IG Metall eine Vergesellschaftung der deutschen Stahlindustrie gefordert, denn was für die Saar gilt, trifft auch für das Ruhrgebiet zu. Eine «nationale Stahlholding» soll sämtliche Stahlwerke und weiterverarbeitende Betriebe übernehmen. Die paritätische Mitbestimmung wäre vertraglich abzusichern, und durch eine entsprechende Satzung sollte das neue Unternehmen auf gemeinwirtschaftliche Grundsätze festgelegt werden. Die Aktionäre können ihre bisherigen Aktien gegen neue eintauschen. Das Mehrheitsstimmrecht soll nach Auffassung der Gewerkschaft dem Staat übertragen werden. Es geht der IG Metall letzten Endes um eine Überlebensgarantie für die deutschen Stahlwerke und die Verlängerung der EG-Regelung von

1980, in der Produktionsmengen und Mindestpreise festgelegt wurden. In diesem Zusammenhang muss darauf verwiesen werden, dass in Frankreich, Italien und den Beneluxländern die EG-Vereinbarungen durch neue Subventionen unterlaufen worden sind.

Kommt es im Stahlbereich zur Anwendung der «Marktwirtschaft» ohne soziale Absicherung, müsste das für das Saargebiet katastrophale Folgen haben. Mit dieser Problematik ist Oskar Lafontaine vom ersten Tag seines Regierungsantritts konfrontiert. Selbstverständlich wehren sich die Stahlkonzerne gegen jeden Verstaatlichungsversuch, um ihre rentablen Beteiligungsgesellschaften zu erhalten. Die CDU/FDP-Regierung hat, wie zu erwarten, bereits die Vorschläge der Gewerkschaft abgelehnt. Damit sind bei Arbed-Saarstahl weiterhin Tausende von Arbeitern bedroht. Die neue Landesregierung setzt ungeachtet dieser Kontroversen auf die Unterstützung des Bundes. Im Gegensatz zu Plänen der Konservativen, das Saarland in ein Billiglohnland zu verwandeln und den Lebensstandard der Beschäftigten drastisch zu reduzieren, setzt die SPD auf die Tatkraft der Saarländer. Lafontaine will durch Umweltinvestitionen Arbeitsplätze schaffen, und für diese Aufgabe steht mit Jo Leinen, dem langjährigen Bundesvorsitzenden der Bürgerinitiativen Umweltschutz, (BBU) der denkbar beste Experte an seiner Seite.

Statt weiterer Atomkraftwerke werden kostenintensive, aber schadstoffarme Kohlekraftwerke mit Wirbelschichtbefeuerung favorisiert sowie Fernwärmesysteme. Die Luft und Wasser verschmutzende Industrie soll mit Sonderabgaben belegt werden. Um Monostrukturen abzubauen und eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur zu schaffen, ist die Förderung von

kleineren und mittleren Unternehmen geplant, deren Tätigkeit sich nicht auf das Saargebiet konzentriert.

Von der Errichtung einer Kohleverflüssigungsanlage will Lafontaine Abstand nehmen, weil die Kohleverflüssigung mit heimischer Kohle leider als unwirtschaftlich gilt. Aus dem europäischen Regionalfonds könnte

die Schaffung eines Technologieparks vorangetrieben werden. Ein Gründerzentrum kann in drei Jahren 2000 Menschen Arbeit vermitteln. Lafontaine geht es um eine neue Verteilungspolitik für Arbeit, nicht um eine bloße Wachstumspolitik.

Oskar Lafontaine dürfte angesichts dieser Aufgaben deshalb

von keinem Ministerpräsidenten eines anderen Bundeslandes beneidet werden. Aber die SPD und die Mehrheit der Wähler wird ihm zur Seite stehen wie in keiner anderen Region. Schließlich handelt es sich bei dem 41jährigen Lafontaine um einen Arbeitersohn, Akademiker und Verwaltungsfachmann mit Charisma!

Frieden und Abrüstung

Widerlegt Genf die Friedensbewegung?

Von Gert Bastian, General a.D.

General a.D. Gert Bastian, Jahrgang 1923, ist z.Z. fraktionsloser Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg war er 1946 bis 1955 als Buchbinder tätig. 1956 trat er in die neu gebildete Bundeswehr ein, durchlief eine Generalstabsausbildung und war von 1969-72 Referent für Heereskonzeption im Verteidigungsministerium. 1976 zum Divisionskommandeur und Generalmajor aufgerückt, nahm er im Januar 1980 unter Protest gegen den NATO-Beschluss vom 12.12.79 seinen vorzeitigen Abschied aus dem aktiven Dienst.

Seit sich im Herbst 1984 die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen der Supermächte an einem zunächst noch fernen Horizont abzuzeichnen begann, galt es vielen als ausgemacht: Die Rechnung der NATO und der meisten westlichen Regierungen, vor allem der alten und neuen Bundesregierung, die abrüstungsunwilligen Sowjets mit Pershing-2-Raketen in Westdeutschland an den Verhandlungstisch zurückzwingen

zu können, war aufgegangen. Je konkreter die Gesprächsaussichten in der Folge wurden, desto mehr verfestigte sich dieser Eindruck, der von selbstzufriedenen offiziellen Stellungnahmen ebenso genährt wurde wie von zahllosen Zeitungs-, Fernseh- und Rundfunkkommentaren, die alle in ein und dieselbe Kerbe schlugen: Präsident Reagan und die ihn unterstützenden westlichen Staatsmänner hatten recht, die Friedensbewegung mit ihrem kurzsichtigen Protest gegen neue amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa hatte profund unrecht. Eine Bilanz, die von der offensichtlichen Ratlosigkeit in der Friedensbewegung noch unterstrichen zu werden schien, deren sonst so wortgewaltige Koordinatoren nach der falschen und erfolglosen Zielzuweisung «Manöverbehinderung» für den Herbst 1984 ausgerechnet für 1985, zum 40sten Jahrestag des Kriegsendes und zum 30sten des westdeutschen NATO-Beitritts, nichts anderes eingefallen war, als eine «Denkpause» zu empfehlen.

Um so notwendiger ist es deshalb, der Frage nachzugehen, ob die am 12. März 1985 in Genf begonnenen neuen amerika-

nisch-sowjetischen Gespräche über die Bereiche Weltraumrüstung, Strategische Rüstung und Mittelstreckensysteme als Aktiv-Posten tatsächlich so gewichtig zu Buche schlagen, dass dafür die Negativa der fortschreitenden nuklearen Aufrüstung in Ost- und Westeuropa mit den bereits jetzt eintretenden Folgen für die eurostrategische Stabilität zwischen den Blöcken und für ein kriegsverhinderndes Krisenmanagement im Konfliktfall bedenkenlos in Kauf genommen werden können. Denn nur wenn die Frage so gestellt und untersucht wird, lässt sich erkennen, ob der Beginn der Pershing-Stationierung in der Bundesrepublik und das Auftauchen der ersten Marschflugkörper auf den britischen Inseln unvermeidbare Schritte in Richtung auf letztlich weniger Nuklearwaffen in Europa gewesen sind oder ob damit nicht eine für Europa besonders riskante Rüstungseskalation in Gang gesetzt worden ist, deren Eingrenzung durch einen Erfolg der neuen Verhandlungen, wenn überhaupt, dann nur auf einem ungleich höheren Niveau beiderseitiger Rüstung gelingen kann. Der euphorische Hinweis auf den blossen Beginn solcher Ver-